

Antrag

der Abg. Reinhold Pix u. a. GRÜNE

und

Stellungnahme

des Wirtschaftsministeriums

Mängel in der Überwachung der Energieverbrauchskennzeichnung

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

I. zu berichten,

1. in welcher Form und in welchem zeitlichen Rahmen die Umsetzung der Verordnung des Wirtschaftsministeriums über Zuständigkeiten nach dem Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz (EnVKG-ZuVO) erfolgte;
2. in welcher Form sie mit den zuständigen Überwachungsbehörden wegen des Vollzugs der Verordnung über die Kennzeichnung von Haushaltsgeräten mit Angaben über den Verbrauch an Energie und anderen wichtigen Ressourcen (EnVKV) in Kontakt steht;
3. warum bisher vonseiten des Regierungspräsidiums Stuttgart keine Ansprechpartner bzgl. der Überwachung der seit 1. November 2004 geltenden Pkw-Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung (Pkw-EnVKV) ernannt wurden und keine Kontrollen erfolgten;
4. wie weit die Umsetzung der Verordnungen, getrennt nach Haushaltsgeräten und Pkw, in den Regierungsbezirken des Landes vorangeschritten ist;
5. ob sie die fehlende Überwachung und damit die Umsetzung der gesetzlichen Vorschriften auf Personalmangel zurückführt und wie sie diesen ggf. zu beheben gedenkt;

6. wie sie die Ergebnisse des Marktchecks der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg e. V. hinsichtlich der ungenügenden Umsetzung der Energiekennzeichnung bei Haushaltsgeräten bewertet;
7. wie sie die Ergebnisse des Marktchecks hinsichtlich der ungenügenden Umsetzung der Energiekennzeichnung bei Pkw bewertet;

II.

1. die für die Überwachung der Kennzeichnungspflicht elektrischer Haushaltsgeräte zuständigen Stadt- und Landkreisämter hinsichtlich Information und Kontrolle der Händler nochmals zu informieren und auf ihre Verpflichtungen hinzuweisen;
2. mittels zusätzlichem Kontrollpersonal die Marktüberwachung zu intensivieren;
3. die Entwicklung eines einheitlichen Maßnahmenkatalogs im Falle von Verstößen gegen die EnVKV zu initiieren (bei Vergehen ist zunächst ein Verweis und in Wiederholungsfällen ein ansteigendes Bußgeld bzw. ein Verkaufsverbot für Elektrogeräte auszusprechen);
4. sich für eine zukünftige Kennzeichnungspflicht auch bei Gebrauchtwagen einzusetzen;
5. für die Verbraucherinformation über das EU-Datenblatt und die Pkw-Verbrauchskennzeichnung durch das „Informationszentrum Energie“ des Wirtschaftsministeriums Sorge zu tragen;
6. die Verbraucher über Untersuchungsergebnisse der Marktüberwachung zu informieren.

14. 10. 2009

Pix, Dr. Murschel, Sckerl, Sitzmann,
Dr. Splett, Untersteller GRÜNE

Begründung

Verbraucher wollen für ihre Kaufentscheidungen vollständige, verlässliche und vergleichende Informationen über den Energieverbrauch von Produkten. Zur Umsetzung der Informationspflicht hat der Gesetzgeber verschiedene Gesetze und Verordnungen erlassen:

Auf Bundesebene

- Gesetz zur Umsetzung von Rechtsakten der Europäischen Gemeinschaften auf dem Gebiet der Energieeinsparung bei Geräten und Kraftfahrzeugen (Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz – EnVKG)
- Verordnung über die Kennzeichnung von Haushaltsgeräten mit Angaben über den Verbrauch an Energie und anderen wichtigen Ressourcen (EnVKV)

- Verordnung über Verbraucherinformationen zu Kraftstoffverbrauch und CO₂-Emissionen neuer Personenkraftwagen (Pkw-EnVKV)

Auf Landesebene

- Verordnung des Wirtschaftsministeriums über Zuständigkeiten nach dem Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz (EnVKG-ZuVO)

Der 2009 durchgeführte Marktcheck „Energieverbrauchskennzeichnung (Haushaltsgeräte + Pkw)“ der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg ergab sowohl eine ungenügende Umsetzung der Energieverbrauchskennzeichnung als auch Versäumnisse in der diesbezüglichen Marktüberwachung durch die zuständigen Behörden.

So zeigte sich, dass 78 % der besuchten Elektrofachgeschäfte das gesetzlich vorgeschriebene Datenblatt für Elektrogeräte nicht vorweisen konnten. In den untersuchten Geschäften war die Vorschrift sogar gänzlich unbekannt. Gemäß § 8 EnVKV wäre es den zuständigen Behörden hier möglich, den Verkauf der Geräte zu untersagen.

Im Pkw-Fachhandel war in 69 % der untersuchten Fälle die Kennzeichnung des Kraftstoffverbrauchs und der CO₂-Emission unvollständig, wobei in 14 % keinerlei Kennzeichnung vorhanden war. Weiterhin müssen ein Vergleich des Energieverbrauchs aller neuen Pkw-Modelle und ein detaillierter Leitfaden vorliegen.

Die Nichtbeachtung der Verordnungen stellt einen Gesetzesverstoß dar und ist somit abmahnbar. Für den Vollzug des Gesetzes und der Rechtsverordnungen sind in Baden-Württemberg seit 11/2007 die Stadtkreise und Landratsämter als untere Verwaltungsbehörden zuständig. Die Überprüfung der Zuständigkeiten in Stuttgart und Karlsruhe ergab jedoch erhebliche Missstände:

Das RP Stuttgart, Referat 22 teilte mit, die Ansprechpartner seien noch nicht benannt. Es wurden bisher keine Kontrollen durchgeführt, aufgrund von Personalmangel sei die Durchführung problematisch.

Die Stadt Stuttgart hat im Juni 2009 einen Arbeitskreis zur Übertragung der Pkw-EnVKV-Zuständigkeit gegründet. Die Umsetzung wird als „unbestimmt“ angegeben. In Karlsruhe ist nach Angabe des städtischen Umweltamts das Amt für Bürgerservice und Sicherheit für die Umsetzung zuständig. Auf Nachfrage wurde dort mitgeteilt, die Pkw-EnVKV sei nicht bekannt.

Das Energiekennzeichnungsgesetz wird in Baden-Württemberg entgegen der Darstellung der Landesregierung unzureichend umgesetzt und ebenso unzureichend kontrolliert. So ist die Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums zum Antrag der Grünen Drucksache 14/4268 kritisch zu bewerten:

„Das Wirtschaftsministerium steht mit den zuständigen Behörden wegen des Vollzugs in Kontakt. Über die Verordnung des Wirtschaftsministeriums über Zuständigkeiten im Bereich des Energieverbrauchsgesetzes vom 10. Oktober 2007 hinaus sind keine weiteren Bindungen hinsichtlich Information und Kontrolle der Händler vorgesehen. Wie die zuständige Behörde im Einzelfall tätig wird, liegt in ihrem Ermessen. Denkbar sind zum Beispiel schriftliche Informationen an die lokalen Händler. Die Entwicklung eines einheitlichen Maßnahmenkatalogs wurde seitens der Vollzugsbehörden bisher nicht gewünscht und seitens des Wirtschaftsministeriums bisher nicht für erforderlich gehalten.“

Wie die Untersuchungsergebnisse belegen, ist eine effektive Überwachung durch das Wirtschaftsministerium vonnöten.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 4. November 2009 Nr. 4-4580.0/886 nimmt das Wirtschaftsministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum zu dem Antrag wie folgt Stellung:

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung zu ersuchen,

I. zu berichten,

1. in welcher Form und in welchem zeitlichen Rahmen die Umsetzung der Verordnung des Wirtschaftsministeriums über Zuständigkeiten nach dem Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz (EnVKG-ZuVO) erfolgte;

Die Zuständigkeit für den Vollzug des Energieverbrauchskennzeichnungsgesetzes sowie der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen wurde den Gemeinden der Stadtkreise und den Landratsämtern als untere Verwaltungsbehörde übertragen.

Rechtsgrundlage ist die Verordnung des Wirtschaftsministeriums über Zuständigkeiten im Bereich des Energieverbrauchskennzeichnungsgesetzes vom 10. Oktober 2007 (GBl. vom 15. November 2007, S. 491).

Das Wirtschaftsministerium ist darüber hinaus der Auffassung, dass der Selbstkontrolle der Wirtschaft gerade in diesem Bereich eine wichtige Funktion zukommt. Sowohl Verbände als auch einzelne Unternehmen machen von ihrem Recht, wettbewerbsrechtlich gegen Verstöße gegen die Energieverbrauchskennzeichnung vorzugehen, Gebrauch.

2. in welcher Form sie mit den zuständigen Überwachungsbehörden wegen des Vollzugs der Verordnung über die Kennzeichnung von Haushaltsgeräten mit Angaben über den Verbrauch an Energie und anderen wichtigen Ressourcen (EnVKV) in Kontakt steht;

Eine erste Umfrage zum Vollzug der Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung erfolgte bei den zuständigen Behörden im August 2008. Die Erkenntnisse aus dieser Umfrage hatte das Wirtschaftsministerium zum Anlass genommen, die Gemeinden der Stadtkreise und die Landratsämter als untere Verwaltungsbehörden über die Regierungspräsidien zur Zuständigkeit und insbesondere über Inhalte der Pkw-Verbrauchskennzeichnungsverordnung zu informieren.

Weitere Rückmeldungen zum seitherigen Vollzug der Energiekennzeichnungsverordnung seitens der zuständigen Behörden ergaben sich anlässlich des Antrags Drucksache 14/4268 und der Kleinen Anfrage Drucksache 14/5144.

3. warum bisher von Seiten des Regierungspräsidiums Stuttgart keine Ansprechpartner bzgl. der Überwachung der seit 1. November 2004 geltenden Pkw-Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung (Pkw-EnVKV) ernannt wurden und keine Kontrollen erfolgten;

Zuständige Behörden für Kontrollen und sonstige Umsetzungsmaßnahmen gemäß der Pkw-Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung sind die Gemeinden der Stadtkreise und die Landratsämter als untere Verwaltungsbehörden, sie regeln die behördeninternen Zuständigkeiten in eigener Organisations- und Personalhoheit.

Das Regierungspräsidium Stuttgart als Fachaufsichtsbehörde hat seinen Ansprechpartner benannt, mangels unmittelbarer Zuständigkeit aber keine eigenen Kontrollen durchgeführt. Die in der Begründung zu diesem Antrag angeführte angebliche Mitteilung des Referates 22 des Regierungspräsidiums Stuttgart beruht möglicherweise auf dem insoweit verkürzt wiedergegebenen Bericht der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg vom 3. September 2009 zur Umsetzung der Energieverbrauchskennzeichnung.

4. wie weit die Umsetzung der Verordnungen, getrennt nach Haushaltsgeräten und Pkw, in den Regierungsbezirken des Landes vorangeschritten ist;

Sofern bei den unteren Verwaltungsbehörden Verstöße gegen diese Kennzeichnungspflicht zur Anzeige gelangen oder sie auf andere Weise Kenntnis von Missständen erhalten, wird dem unverzüglich nachgegangen. Flächendeckende Überprüfungen ohne konkreten Anlass sind bisher aufgrund des damit zusammenhängenden Personalaufwands bei den unteren Verwaltungsbehörden nicht durchführbar.

5. ob sie die fehlende Überwachung und damit die Umsetzung der gesetzlichen Vorschriften auf Personalmangel zurückführt und wie sie diesen ggf. zu beheben gedenkt;

Notwendige Kontrollen bei der Energieverbrauchskennzeichnung sollen im Zusammenhang mit Kontrollen nach anderen Überwachungsaufgaben der Gemeinden der Stadtkreise und den Landratsämtern als untere Verwaltungsbehörden durchgeführt werden. Dadurch soll der Aufwand sehr gering gehalten werden und mit vorhandenem Personal geschultert werden.

Die Landesregierung setzt nicht nur auf die zuständigen Überwachungsbehörden, sondern auch auf Initiative und Eigenverantwortung des Handels. Sie geht deshalb auch davon aus, dass der Handel alle Möglichkeiten des Marketings nutzt, um den Käufer von ökologischen und ökonomischen Vorteilen des sparsamen Energieverbrauchs zu überzeugen.

6. wie sie die Ergebnisse des Marktchecks der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg e. V. hinsichtlich der ungenügenden Umsetzung der Energiekennzeichnung bei Haushaltsgeräten bewertet;

7. wie sie die Ergebnisse des Marktchecks hinsichtlich der ungenügenden Umsetzung der Energiekennzeichnung bei Pkw bewertet;

Zu 6. und 7.:

Sowohl die Energieverbrauchskennzeichnung für Haushaltsgeräte, das sogenannte EU-Label für die „Weiße Ware“ als auch die Pkw-Energieverbrauchskennzeichnung weisen laut den Ergebnissen des im Juli 2009 durchgeführten Marktchecks bei der Umsetzung Mängel auf. Inwieweit die Datenerhebung der Verbraucherzentrale bei 15 Fachhändlern in Karlsruhe und 20 Fachhändlern in Stuttgart als repräsentativ gelten kann, kann hier nicht abschließend bewertet werden.

Die Energieverbrauchskennzeichnung ist in ihrer Gesamtheit ein wichtiges Instrument für mehr Markttransparenz und damit ein Schritt hin zu mehr Energieeffizienz. Auch aus verbraucherpolitischer Sicht ist die Energieverbrauchskennzeichnung sowohl bei Pkws als auch bei Haushaltsgeräten eine wichtige Orientierungshilfe für den Verbraucher. Die Einhaltung der Kennzeichnung soll deshalb sowohl durch Informationen an die Händler über die betroffenen Verbände wie auch über die Überwachungsbehörden weiter optimiert werden.

Das Wirtschaftsministerium ist wegen der Optimierung der Kennzeichnung von Neufahrzeugen mit Verbrauchs- und Emissionsangaben auf Basis der Pkw-Energieverbrauchskennzeichnungsverordnung (Pkw-EnVKV) mit der Verbraucherzentrale e. V. und mit dem Verband des Kraftfahrzeuggewerbes Baden-Württemberg e. V. in engem Dialog. Der Verband des Kraftfahrzeuggewerbes Baden-Württemberg e. V. hat kürzlich beispielsweise mit einem Rundschreiben den Adressatenkreis der Pkw-EnVKV nochmals über die wichtigsten Grundsätze zur Energieverbrauchskennzeichnung und mögliche Folgen fehlender oder mangelhafter Kennzeichnung informiert.

II.

1. die für die Überwachung der Kennzeichnungspflicht elektrischer Haushaltsgeräte zuständigen Stadt- und Landkreisämter hinsichtlich Information und Kontrolle der Händler nochmals zu informieren und auf ihre Verpflichtungen hinzuweisen;

Das Wirtschaftsministerium beabsichtigt, hinsichtlich der Überwachung der Energieverbrauchskennzeichnung eine Meldepflicht zum Vollzug des Energieverbrauchskennzeichnungsgesetzes durch die unteren Verwaltungsbehörden in die zwischen Wirtschaftsministerium und den Regierungspräsidien abzuschließenden Zielvereinbarungen für das Jahr 2010 aufzunehmen. Mit den zuständigen Behörden soll insoweit eine Dokumentation und Rückmeldung hinsichtlich der durchgeführten Kontrollen und gegebenenfalls der Ahndung von Verstößen festgelegt werden.

2. mittels zusätzlichem Kontrollpersonal die Marktüberwachung zu intensivieren;

Der Aufwand für die Überwachung der Energieverbrauchskennzeichnung soll im Bereich der unteren Verwaltungsbehörden mit vorhandenem Personal geschultert werden.

3. die Entwicklung eines einheitlichen Maßnahmenkatalogs im Falle von Verstößen gegen die EnVKV zu initiieren (bei Vergehen ist zunächst ein Verweis und in Wiederholungsfällen ein ansteigendes Bußgeld bzw. ein Verkaufsverbot für Elektrogeräte auszusprechen);

Wie bereits ausgeführt soll mit den zuständigen Behörden eine Dokumentation und Rückmeldung hinsichtlich der durchgeführten Kontrollen und gegebenenfalls der Ahndung von Verstößen festgelegt werden. Bei Bedarf kann in diesem Zusammenhang ein einheitlicher Maßnahmenkatalog bei Verstößen festgeschrieben werden.

4. sich für eine zukünftige Kennzeichnungspflicht auch bei Gebrauchtwagen einzusetzen;

Auf Antrag Baden-Württembergs hat die Verbraucherschutzministerkonferenz der Länder und des Bundes bereits im Jahr 2008 den Beschluss gefasst, sich gegenüber dem Bund dafür einzusetzen, dass Deutschland in den zuständigen europäischen Gremien an einer Überarbeitung und Ausweitung der Kennzeichnung im Sinne des Klimaschutzes mitwirken wird.

Ziel der Energieverbrauchskennzeichnung von Pkw ist, durch Information die Nachfrage nach energieeffizienten Pkw gegenüber weniger effizienten zu erhöhen. Dadurch soll insgesamt der durchschnittliche Kraftstoffverbrauch der Pkw und dadurch der CO₂-Emissionen gesenkt werden. Neben der Kennzeichnungspflicht für Neuwagen könnte mit einer Kennzeichnungspflicht zu-

mindest bei jüngeren Gebrauchtwagen (z. B. Vorführwagen, Jahreswagen) mittelfristig und mittelbar eine solche Wirkung erreicht werden.

Insoweit steht die Landesregierung einer auf jüngere Gebrauchtwagen beschränkten Kennzeichnungspflicht aufgeschlossen gegenüber.

5. für die Verbraucherinformation über das EU-Datenblatt und die Pkw-Verbrauchskennzeichnung durch das „Informationszentrum Energie“ des Wirtschaftsministeriums Sorge zu tragen;

Die Landesregierung hält die im Verbraucherportal Baden-Württemberg verfügbaren Informationen zur Kennzeichnungspflicht für ausreichend und umfassend. Darüber hinaus hat die Verbraucherzentrale Baden-Württemberg hier eine wichtige Aufgabe.

6. die Verbraucher über Untersuchungsergebnisse der Marktüberwachung zu informieren.

Die Landesregierung informiert die Verbraucher regelmäßig im Verbraucher-Journal über die verschiedenen Bereiche der Marktüberwachung und die Zugangsmöglichkeiten zu Untersuchungsergebnissen. Auch im Verbraucherportal Baden-Württemberg (www.verbraucherportal-bw.de), das gemeinsam vom Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum und der Verbraucherzentrale betrieben wird, kann über künftige Untersuchungsergebnisse der Marktüberwachung zur Energieverbrauchskennzeichnung informiert werden.

Pfister
Wirtschaftsminister